

Berliner Schule

heute 00:38 Uhr

Politik kommt auf den Stundenplan

Bald soll es ein eigenständiges Schulfach geben, um Schülern Politik zu vermitteln. Aber was bedeutet das für die anderen Fächer? Wer muss was abgeben? VON SUSANNE VIETH-ENTUS



Zeit für Diskussionen. Berlins Landeschülerausschuss fordert seit langem das eigenständige Fach Politik. FOTO: IMAGO/RAINER UNKEL

Nizza, Berlin, Stockholm, Manchester. Um nur die zeitlich und örtlich näheren Anschläge zu nennen. Wie hängen diese Taten zusammen? Warum waren Kinder und Jugendliche im Visier? Und wie sicher sind sie in der Schule?

Fragen wie diese sollen künftig nicht mehr nach dem Zufallsprinzip irgendwo zwischen Morgenkreis, Geschichts- und Ethikunterricht beantwortet werden, sondern einen festen Platz zugewiesen bekommen: Berlin ist **auf dem Weg zu einem eigenständigen Unterrichtsfach „Politik“** von Klasse 7 bis 10 – und zwar schnell. So viel steht fest, seitdem sich vergangene Woche Vertreter der Koalition und der Bildungsverwaltung in der Landeszentrale für politische Bildung mit dem Landeschülerausschuss (LSA) getroffen hatten.

„Wir sprechen nicht mehr über das Ob, sondern nur noch über das Wie“, fasst SPD-Bildungspolitikerin Maja Lasic den Stand der Dinge innerhalb der rot-rot-grünen Koalition zusammen. Und auch Bildungssenatorin Sandra Scheeres (SPD) legt sich bereits fest: „Ich möchte den Politikanteil im Unterricht stärken. Dafür soll das Fach Politische Bildung auch erkennbar auf dem Zeugnis ausgewiesen werden.“ Bereits im Juni soll es Gespräche mit den Fachverbänden geben.

"Wir lassen uns nicht mehr vertrösten"

Die Eile hat einen Grund: Die Schüler wollen nicht mehr warten. Nachdem sie seit Jahren erfolglose Vorstöße gemacht haben, wollen sie sich „nicht mehr vertrösten lassen“: Am liebsten schon zum Halbjahr, spätestens aber zum Sommer 2018, wie Landeschülersprecher Konstantin Gülden betont, wollen sie Ergebnisse sehen. So eilig haben sie es, dass sie es ablehnen, erst noch eine kosten- und zeitaufwändige „basisdemokratische Abstimmung“ zu starten, wie ihnen die Verwaltung

vorgeschlagen hatte. Von solcher „Verzögerungstaktik“ will der LSA nichts wissen und stattdessen die Bezirksschülerausschüsse abstimmen lassen.

Also wird ab sofort über das „Wie“ diskutiert. Auch an diesem Punkt zeichnet sich schon einiges ab, darunter auch, dass die Studentafel nicht aufgestockt werden soll: Dem Vernehmen nach wird das aus finanziellen, und personellen Gründen wohl verworfen; zudem finden viele Schüler die Schulnachmittage schon jetzt zu lang. Woraus folgt, dass die angedachte eigenständige Politikstunde auf Kosten anderer Fächer gehen müsste.

Ethik, Geschichte, Geographie. Das sind mögliche Steinbrüche

An dieser Stelle braucht man nicht viel Phantasie, um auf die Fächer zu kommen, die als mögliche „Steinbrüche“ im Gespräch sind: Zum einen wird über eine Halbierung des Faches Ethik diskutiert, das aktuell zweistündig unterrichtet wird; zum anderen über Geschichte an den Gymnasien und Geografie an den Sekundarschulen, denn in diesen beiden Fächern ist offiziell bereits ein Anteil Politik/Sozialkunde enthalten. Darum soll auch zunächst mit Vertretern der betreffenden Fächer gesprochen werden.

Einwände sind absehbar: Die **Einführung von Ethik war vor zehn Jahren hart erkämpft** worden als Reaktion darauf, dass es in Berlin kein Wahlpflichtfach Religion/Werteerziehung gab: Dieses Manko wurde spätestens nach dem Mord an der Deutsch-Türkin Hatun Sürücü durch ihre Brüder, die den „westlichen“ Lebensstil ihrer Schwester sühnen wollten, als nicht mehr hinnehmbar empfunden. Das Fach Ethik jetzt zu „schleifen“, würde nicht ohne Widerstand abgehen, wenn es auch **nach wie vor Kritik an dem Fach** gibt - etwa wegen mangelnder ausgebildeter Lehrer.

Aber auch die Geografie- und Geschichtslehrer werden Einwände haben. So warnen die Historiker, dass die Zeit schon jetzt kaum reicht: Obwohl die Schüler am Ende der Schulpflicht, also nach Klasse 10, die gesamte deutsche Geschichte inklusive politischer Themen wie die EU durchgenommen haben müssten, schaffen es manche Schulen nur bis 1945. Das Unterrichtsdrittel, das für Politik gedacht ist, wird daher gern auch noch für Geschichte abgezweigt, um die Stofffülle zu bewältigen. „Mit dem **neuen Lehrplan in Geschichte** werden wir eher noch mehr Zeit brauchen“, mahnt **Robert Rauh, der Geschichte nicht nur unterrichtet**, sondern auch Geschichtslehrer ausbildet und Autor von Geschichtslehrbüchern ist. Für Rauh kommt es einer „Milchmädchenrechnung“ gleich, dem Geschichtsunterricht ein Drittel wegzunehmen, um die Politik zu stärken. Auch Rauh tritt aber vehement für ein neues Fach Politik ein, wie er jüngst in einem **Beitrag für den Tagesspiegel** schrieb.

Die CDU will ein zusätzliches Fach

Die Diskussion ist mithin eröffnet – und duldet keinen Aufschub, zumal nicht nur die Schüler und die Koalition drängen, sondern auch FDP und CDU: „Unseren Berliner Schülern mangelt es an elementarsten Grundkenntnissen unseres politischen Systems und unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung“, heißt es in einem frisch eingebrachten CDU-Fraktionsantrag. Die Christdemokraten fordern „ein eigenständiges Fach Gemeinschaftskunde mit eigenständiger Benotung und eigens ausgebildeten Lehrern im Umfang von einer Wochenstunde – „ohne Abwahlmöglichkeit“, wie **Bildungspolitikerin Hildegard Bentele** betont – und zwar zusätzlich zur jetzigen Studentafel. Zudem will die CDU, dass alle Schüler im Laufe ihrer Schulzeit den Bundestag und das Abgeordnetenhaus besucht haben sollen.

CDU und Koalition sind also gar nicht weit auseinander. Die Grünen weisen aber darauf hin, dass es nicht nur um die große Politik gehen soll. „Jede Schule ist gefordert, die Arbeit ihrer Schülervvertretungen zu fördern“, betont die jugendpolitische Sprecherin, June Tomiak. Viele Schüler würden ihre Rechte und Möglichkeiten gar nicht kennen: Lernen, sich zu vernetzen – auch das sei ein wichtiger Aspekt bei der politischen Bildung.